Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Orwell 2.0
2. Friedenslogik statt Kriegslogik fördern
3. Kriegsgegner in Israel: Bedroht und alleingelassen
4. Merkels Konjunktureinbruch
5. Freihandel
6. Fabian Fritzsche: Sommerlochthema „Kalte Progression“
7. How the Goldman Sachs guys (and “Die Goldman Sachs Frau 2013″…) wrecked Europe
8. 276,46 Euro: Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag der 1.724.688 ins Ausland gezahlten Renten
9. Fragwürdige Ehrenämter: Die Rüstungslobby im Bundestag
10. TV-Duell zur Unabhängigkeit: Pleite für Schottlands Separatisten
11. Die Presse echauffiert sich
12. Zapp hat mal nachgerechnet: Bild führt die Riege der gerügten Zeitungen an

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Orwell 2.0**
   a. **The most wanted man in the world**
   THE MESSAGE ARRIVES on my “clean machine,” a MacBook Air loaded only with a sophisticated encryption package. “Change in plans,” my contact says. “Be in the lobby of the Hotel _____ by 1 pm. Bring a book and wait for ES to find you.” ES is Edward Snowden, the most wanted man in the world. For almost nine months, I have been trying to set up an interview with him—traveling to Berlin, Rio de Janeiro twice, and New York multiple times to talk with the handful of his confidants who can arrange a meeting. Among other things, I want to answer a burning question: What drove Snowden to leak hundreds of thousands of top-secret documents, revelations that have laid bare the vast scope of the government’s

domestic surveillance programs? In May I received an email from his lawyer, ACLU attorney Ben Wizner, confirming that Snowden would meet me in Moscow and let me hang out and chat with him for what turned out to be three solid days over several weeks. It is the most time that any journalist has been allowed to spend with him since he arrived in Russia in June 2013. But the finer details of the rendezvous remain shrouded in mystery. I landed in Moscow without knowing precisely where or when Snowden and I would actually meet. Now, at last, the details are set.
Quelle: Wired

b. **Neue Enthüllungen durch Edward Snowden „NSA arbeitet an Cyberwar-Programm“**
Der US-Militärgeheimdienst NSA arbeitet nach Angaben des früheren NSA-Mitarbeiters Edward Snowden an einem Cyberkriegs-Programm, das ohne menschliches Zutun auf Angriffe reagieren kann. In einem Gespräch mit dem US-Magazin „Wired“ sagte Snowden, das Programm namens „MonsterMind“ (Monstergehirn) könne eines Tages derart weiterentwickelt werden, dass es automatisch zurückschießt.
Quelle: Tagesschau

c. **NSA/GCHQ Hacienda: Die vollständige Kolonisierung des Netzes**
Neue Dokumente, die heise online vorliegen, offenbaren die Strategie der Geheimdienste, mit Portscans ganzer Länder, der Kartierung verwundbarer Systeme und ihrer Umfunktionierung das Netz zu kontrollieren. Technische Abhilfe ist teilweise möglich.
Als streng geheim klassifizierte Dokumente der US-amerikanischen, der britischen und der kanadischen Geheimdienste, die heise online vorliegen, illustrieren, wie Ausspähen, Angriff, Kompromittierung und Übernahme von Systemen im Netz ineinander greifen. Jede offene Tür wird ausgenutzt, jede verschlossene Tür ist eine Aufforderung zum Angriff, jedes Endgerät ist ein Zielsystem – so gehen das General Communication Headquarter (GCHQ, Großbritannien), die National Security Agency (NSA, USA) und das Communication Security Establishment (CSEC, Kanada) vor. Bei der GNU-Hacker-Konferenz am heutigen Freitag in München stellen Master-Student Julian Kirsch und Christian Grothoff, derzeit noch Emmy Nöther Lehrstuhlinhaber an der TU München, die Programme Hacienda, Mugshot und Olympia und das perfide Konzept der Operational Relay Boxes (ORB) vor.
Quelle: Heise

2. **Friedenslogik statt Kriegslogik fördern**

Anlässlich der Gewalteskalation im Irak fordert die ärztliche Friedensorganisation IPPNW die Bundesregierung auf, die humanitäre Hilfe drastisch aufzustocken anstatt Waffen und Rüstungsgüter in die Region zu liefern. Das betrifft auch Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und Katar. Rüstungsexporte an Konfliktbeteiligte verstoßen gegen die gültigen Richtlinien für Waffenexporte und würden zu einem weiteren Präzedenzfall für spätere Konflikte. Die Bundesregierung müsse zudem auf die Türkei einwirken, Waffenlieferungen an islamische Jihadisten zu verhindern. Notwendig sei die zügige Einrichtung humanitärer Korridore zwischen den Truppen des „Islamischen Staats“ (IS), den Flüchtenden und anderen Teilen des Iraks durch die UN.
Die IPPNW appelliert zudem an die Bundesregierung, irakische Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen und sich für eine Aufnahme in der EU stark zu machen. Im Irak sollte durch eine Einbindung politischer und religiöser RepräsentantInnen auch der IS-Strömung in Verhandlungen über die politische Zukunft des Irak versucht werden, das Ziel einer gleichberechtigten Repräsentanz der politischen Strömungen, Volksgruppen und Religionen zu erreichen.
„Das brutale Vorgehen der IS-Truppen sowie das Schicksal der Yeziden und der vielen anderen Flüchtlinge berühren uns sehr. Wenn ein politischer Konflikt soweit eskaliert ist, dass es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen oder Krieg kommt, mag der Ruf nach gewaltfreien Lösungen naiv erscheinen – er ist dennoch richtig. Waffenlieferungen können die Konflikte nicht lösen, die auf einer jahrelangen Kultur der Gewalt fußen – von Saddam Hussein über die völkerrechtswidrige Invasion des Iraks bis hin zur ausgrenzenden Politik der Regierung Maliki. Sie würden zur weiteren Desintegration des Landes beitragen. Nur Verhandlungen und politische Lösungen, die das Wohl der gesamten irakischen Bevölkerung im Blick haben, können einen Ausweg aus der derzeitigen Situation bieten“, erklärt die IPPNW-Vorsitzende Susanne Grabenhorst. „Unsere ärztliche Friedensorganisation IPPNW setzt sich für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung im Vorfeld von Kriegen ein. Die deutsche Bundesregierung muss wesentlich stärker in den Frieden investieren, nicht in Rüstung und Militär“, so Grabenhorst.
Quelle: IPPNW

3. **Kriegsgegner in Israel: Bedroht und alleingelassen**
In Israel werden die Kritiker des Gaza-Kriegs beschimpft und bedroht. Der Publizist Gideon Levy musste gar unter Personenschutz gestellt werden. Auf die Unterstützung seiner deutschen Kollegen kann er aber nicht zählen – sie

suchen in dieser komplexen Gemengelage lieber nach einfachen Wahrheiten.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

4. **Merkels Konjunktureinbruch**
   Der Konjunktureinbruch im zweiten Quartal um 0,2 Prozent ist Folge der aggressiven Wirtschaftspolitik von Angela Merkel. Wer die Zerrüttung der Wirtschaft in der Eurozone, vor allem in den südeuropäischen Krisenländern betreibt, darf sich nicht wundern, wenn dies letztlich auf Deutschland zurückschlägt. Der massive Rückgang der Aufträge aus der Eurozone geht auf Merkels Konto und ist eine Ursache des Konjunktureinbruchs. Die brutale Kürzungspolitik in der Eurozone muss beendet werden. In Deutschland brauchen wir auf Jahre hinaus Lohnerhöhungen von vier bis fünf Prozent.
   Der wirtschaftliche Rückgang wird von der Regierung bevorzugt auf die politischen Turbulenzen geschoben. Vor allem auf die Sanktionen gegenüber Russland. Aber diese hat ja auch diese Regierung beschlossen. So politisch und wirtschaftlich unsinnig diese Sanktionen sind, darf man sie nicht für das Wegrutschen der Konjunktur maßgeblich verantwortlich machen. In einer Reihe von Betrieben, die stark im Handel mit Russland engagiert sind, führen sie zu Problemen und können Arbeitsplätze gefährden. Aber der Anteil der Exporte nach Russland beträgt nur 3,3 Prozent; dies entspricht 1,3 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung. „Wenn die von den Sanktionen betroffenen deutschen Exporte um ein Drittel einbrächen, würde dies das deutsche Bruttoinlandsprodukt allenfalls um 0,2 Prozentpunkte senken," so eine Einschätzung der Commerzbank.
   Nein, die Hauptursache liegt in einer seit mehr als zehn Jahren verhängnisvollen Wirtschaftspolitik. Zulasten der Binnenwirtschaft wurde verschärft der Export gefördert. Mit der Agenda 2010 beschnitt die Regierung massiv die gewerkschaftliche Kampfkraft und die Fähigkeit zur Tarifbindung. Obgleich gegenwärtig es etwas bessere Lohnerhöhungen gibt, liegt der durchschnittliche Reallohn eines Beschäftigten heute immer noch um 3,7 Prozent niedriger als im Jahr 2000. Die Lohnstückkosten sind in Deutschland seit 2000 um 15- bis 20-Prozentpunkte weniger gestiegen als in allen anderen Euroländern.
   Quelle: Michael Schlecht, MdB (Die Linke)
5. **Freihandel**
   a. **Folgen von TTIP für Entwicklungsländer Verlieren werden die Ärmsten**
      EU und USA versprechen sich viel vom Freihandelsabkommen TTIP – auf Kosten des Rests der Welt. Die Ökonomin Clara Brandi erklärt, warum

TTIP Entwicklungsländer unter Druck setzt und welche Auswirkungen das Abkommen auf Fischer in Mosambik hat.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

b. **Stärkere Rolle von Schiedsgerichten durch TTIP: Angst vor der Schattenjustiz**
Aggressive Hedgefonds verklagen Argentinien – ein Albtraum, der durch das Freihandelsabkommen TTIP zur Regel werden könnte, warnen Kritiker. Sie fürchten, dass der Investorenschutz und „Geheimgerichte“ die Politik aushebeln könnten. Gegen diese Schiedsgerichte lässt sich leicht polemisieren. Denn solange sie – anders als nationale Gerichte – hinter verschlossenen Türen tagen, ohne Publikum, ohne Öffentlichkeit, kommt schnell der Verdacht auf, es handele sich hier um eine „Schattenjustiz“ und solch ein Verfahren könne ja nur zu Lasten der beklagten Staaten ausgehen. Verschwörungstheoretiker haben da leichtes Spiel, und auch all jene in Europa, die das TTIP-Abkommen schon aus Prinzip nicht wollen, weil sie etwas gegen „die Amis“ oder „die Globalisierung“ haben.
Quelle: SZ

Anmerkung Volker Bahl: *Es ist schon ein starkes Stück, dass Jemand in einer solch renommierten Zeitung wie der “Süddeutschen” wagt, den zentral durch das Grundgesetz geschützten Rechtsstaat derart leichtfertig und einfach verfassungswidrig für “überflüssig” angesichts einer privatisierten Schiedsgerichtsbarkeit und dies offen “scheinrational” erklären, zeigt wie weit neoliberal wir “verkommen” sind. Es gibt keinen Halt mehr, es sei denn, die neoliberale “Regelbindung” darf jetzt auch bei uns die “Oligarchen-Herrschaft” der Reichen und Super-Reichen so richtig vervollkommnen.*
Deutsche Demokratie wohin hast du es gebracht?

Anmerkung Orlando Pascheit: *Da hatte man die Hoffnung, dass die SZ die Leitung des Wirtschaftsressorts in etwas weniger radikale wirtschaftsliberale Hände geben würde. Aber auch der Nachfolger von Nikolaus Piper, Ulrich Schäfer, hat nicht die geringste Lust, etwas differenzierter vorzugehen und sich mit Kritik ernsthaft auseinander zusetzen. Geradezu lächerlich der Rat: „Am Ende käme es auch darauf an, wo die Schiedsgerichte, die TTIP ermöglicht, ihren Sitz haben. Das Misstrauen der Europäer würde es sicher senken, wenn sie in Europa angesiedelt würden – und nicht in Washington“. Auch der Titel des zur*

Abstimmung gebrachten Themas am Ende des Artikels ist hoffnungslos tendenziös und einer guten, liberalen Zeitung nicht würdig: „Hoffnung oder Hysterie: Was bedeutet das Freihandelsabkommen TTIP für uns?“ – Liebe SZ, wie soll das weitergehen? Es ist ja nicht nur die Wirtschaftsredaktion, sondern ebenso die Leitung des Auslandsressorts mit Stefan Kornelius. Selbstverständlich kann er als Journalist auch einseitige, schlecht recherchierte Artikel schreiben, aber – und das ist ein großes Aber – , als Leiter des Ressorts zieht er da Niveau der SZ herunter. Was waren das für Zeiten, als noch ein Mann wie Immanuel Birnbaum das Ressort Außenpolitik leitete!

c. **„Freihandel hilft vor allem den Mächtigen“**
Robert Reich gilt als einer der einflussreichsten Wirtschaftsdenker der USA. Martin Eiermann diskutiert mit ihm, wie man mit pragmatischer Politik auch schwer zu zügelnde Märkte an die Leine legen kann.
Quelle: The European

6. **Fabian Fritzsche: Sommerlochthema „Kalte Progression“**
Trotz Ukrainekrise und Eskalation im Nahen Osten ist das Sommerloch auch in diesem Jahr anscheinend groß genug für die beiden obligatorischen Themen Alligator im Baggersee und das Thema „Kalte Progression“. Der Begriff beschreibt dabei den Sachverhalt, dass aus einer bestimmten Bruttolohnerhöhung von x% ein neuer Nettolohn resultiert, der um weniger als x% gestiegen ist. Im Falle einer Lohnerhöhung in Höhe der allgemeinen Preissteigerungen hat dies den Effekt, dass die Arbeitnehmer an realer Kaufkraft verlieren, weil ihre Nettolöhne weniger stark gestiegen sind als das allgemeine Preisniveau.
Dieses Phänomen ergibt sich schlicht aus der progressiven Einkommensbesteuerung, je höher das Einkommen, desto höher ist auch der Steuersatz. Dieser Zusammenhang ist zwar grundsätzlich richtig, doch scheinen sich Journalisten und Politiker, die so gerne über das Thema reden, eher wenig Gedanken über die Größenordnung gemacht zu haben.
Quelle: WirtschaftsWunder
7. **How the Goldman Sachs guys (and “Die Goldman Sachs Frau 2013″…) wrecked Europe**
Yesterday, Eurostat published predictably dismal economic data about Europe: the six-year slump continues. Important: this is very much an European slump, as Ambrose Evans-Pritchard showed:



And it’s an engineered slump. A striking fact of the graph above is the sudden stalling of the European recovery around 2011, Q1. This stalling was deliberately caused by Eurozone monetary policies. One can of course point to the ECB interest rate increases of April as well as July 2011. But these increases were, in the end, limited to ‘only’ 0,5%. Much more important, however, is what happened to ‘real economy interest rates’, like those paid by governments and, as governments nowadays are the financer of last resort for banks, therewith to rates paid by households and non-financial companies (graph 2).
Quelle: Real World Economics Review

8. **276,46 Euro: Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag der 1.724.688 ins Ausland gezahlten Renten**
Der monatliche Rentenzahlbetrag der 1.724.688 Renten nach SGB VI, die Ende 2013 von der Deutschen Rentenversicherung an im Ausland wohnende Rentnerinnen und Rentner gezahlt wurden, betrug durchschnittlich 276,46 Euro. (Ende 2012: 275,35 Euro) Von der 1.724.688 Renten wurden nach Berechnungen des Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) 221.766 Renten mit einem durchschnittlichen Rentenzahlbetrag von 465,38 Euro an Rentnerinnen und Rentner mit deutscher Staatsangehörigkeit und 1.502.922 Renten mit einem durchschnittlichen Rentenzahlbetrag von 248,59 Euro an Rentnerinnen und Rentner ohne deutsche Staatsangehörigkeit gezahlt.
Vom gesamten Rentenzahlbetrag aller 25.164.401 Renten Ende 2013 wurden lediglich 2,68 Prozent ins Ausland ausgezahlt. (Ende 2012: 2,66 Prozent)
Quelle: Bremer Institut für Arbeitsmarktforschungund Jugendberufshilfe (BIAJ) [PDF]

Anmerkung WL: *Soviel schon mal vorbeugend für eine der nächsten Kampagnen, dass die Rentner ihre Rente im Ausland verzocken.*

9. **Fragwürdige Ehrenämter: Die Rüstungslobby im Bundestag**
Der Austausch zwischen Rüstungslobbyisten und Politik ist eng. Das zeigte erst kürzlich eine Übersicht der Treffen zwischen Spitzenpersonal der Bundesregierung und der Rüstungswirtschaft. Auch einige Bundestagsabgeordnete pflegen regen Kontakt zur Rüstungslobby. Im derzeitigen Bundestag haben mindestens zehn Abgeordnete ehrenamtliche

Funktionen in rüstungspolitischen Organisationen. Damit stehen mindestens sieben von 32 ordentlichen Mitgliedern und drei von 32 stellvertretenden Mitgliedern des Verteidigungsausschusses im regelmäßigen Austausch mit Rüstungskonzernen.
Zu den Vereinen mit guten Kontakten in den Bundestag zählen unter anderem die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik und der Förderkreis Deutsches Heer. In beiden sind neben Bundestagabgeordneten auch Rüstungsfirmen aktive Mitglieder. Sie dienen der Rüstungslobby als Netzwerk für Kontaktpflege und Interessenvermittlung. In den Vereinen finden sich auch Firmen wieder, die sich Aufträge von der Bundeswehr erhoffen und auf Exportgenehmigungen für Rüstungsexporte angewiesen sind.
Quelle: LobbyControl

10. **TV-Duell zur Unabhängigkeit: Pleite für Schottlands Separatisten**
Soll sich Schottland von den Briten abspalten? Diese Frage müssen vier Millionen Bürger in sechs Wochen beantworten. Da wurde das TV-Duell zwischen den Chefs beider Lager gebannt erwartet. Salmonds [Alex Salmond: First Minister of Scotland] Unterstützer hatten lange auf dieses TV-Duell gewartet. Nun erhofften sie sich den „game changer“: einen Abend, der alles ändert, den Trend umkehrt. Denn es sieht nicht gut aus für Schottlands Separatisten. In den Umfragen der letzten Monate liegen sie konstant mit fünf bis zehn Prozent hinten. Der Schotte gilt als begnadeter Rhetoriker. Als einer, der Pointen setzen kann. Gegen den technokratischen, blassen Alistair Darling wurde deshalb ein Duell der Gegensätze erwartet – mit Vorteilen für Salmond. Das Problem des SNP-Führers jedoch war: Es ging an diesem Abend nicht um Gefühle, sondern um blasse, technische Themen – die Währungfrage, die Renten, die Debatte um die Ölförderung. Auf die Masse an Sachfragen hatte Salmond kaum zufriedenstellende Antworten. Der Ökonom, ehemals bei der Royal Bank of Scotland, sah ausgerechnet bei der Währungsfrage schlecht aus. Welches Geld er denn in Schottland einführen wolle, fragte ihn Darling, wenn London eine Währungsunion ablehne? Salmond rettete sich in Allgemeinplätze. Was passiere mit den Renten, bohrte Darling nach, wenn Schottland tatsächlich unabhängig werde? Salmond schlingerte, eine Antwort blieb er schuldig. Und was sei mit der Ölförderung, wollte Darling wissen – schließlich habe sich Schottland mehrmals bei der Schätzung der Reserven in der Nordsee geirrt. Salmond hatte kaum mehr zu bieten als emotionale Appelle – und das Versprechen, den Schotten endlich die Unabhängigkeit zu erkämpfen.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung Orlando Pascheit: *Das bisher in Deutschland kaum beachtete schottische Referendum findet am 18. September statt. Der Spiegel schreibt, dass die Separatisten in den Umfragen fünf bis zehn Prozent hinten lägen. Verkannt wird dabei der Trend, dass die bisher Unentschlossenen offenbar mehrheitlich zu den Separatisten tendieren. Nach einer Umfrage des Guardian liegen die Befürworter der schottischen Unabhängigkeit nur noch 5 Prozentpunkte hinter den Gegnern. – Ich empfinde es bedauerlich, dass die Medien dem Ereignis so wenig Beachtung schenken. Es müsste doch darüber diskutiert werden, dass einige Regionen in Europa doch tatsächlich glauben, mit einem kruden Ethnonationalismus das moderne Konzept des Staatsbürgers über Bord werfen zu können und dann unter dem Schutzschirm der Europäische Union von den Vorteilen eines grenzenlosen Europas profitieren zu können.*
Wirtschaftlich ist es höchst fraglich, ob Schottland mit seinen Standbeinen Öl, Whisky und Tourismus überlebensfähig ist. Einmal abgesehen davon, dass die Erdölvorkommen in der Nordsee zur Neige gehen, sind gerade hier viele Details offen. So hat sich z.B. Moody's darüber Gedanken gemacht, wie sich die bisher ungeklärte Verteilung Erdöls auf die Größe der Volkswirtschaft (BIP) auswirke. Wenn die Erdölreserven in anhand geografischer Kriterien (Geo Split) aufgeteilt werden, betrüge das BIP umgerechnet 230 Mrd. $. Würde die Aufteilung aber nach der Bevölkerungsgröße (Pop Split) vorgenommen, dann betrüge das schottische BIP 200 Mrd. $ und läge in der Größenordnung von Kasachstan und Peru und hinter den Europeripherieländern Portugal und Irland. (Bei einem geringeren BIP sind z.B. die Verschuldungsquoten in Bezug auf Staat und Haushalt größer) Zur Herabstufung des freien Schottland siehe den Artikel der FT: „Scotland would be downgraded, says Moody's".
Zum Thema passend siehe den nicht ganz ernst gemeinten, aber, wie Lenz Jacobsen zum Thema schreibt, auf den „dritten oder vierten Blick aber doch interessanten" Artikel:

Der Traum von der Entsolidarisierung
In der Schweiz muss das Sommerloch wirklich außergewöhnlich groß sein. Dort haben Medien in diesen Wochen eine Debatte aufgewärmt, die sehr egal ist, auf den dritten oder vierten Blick aber doch interessant. Das Stichwort: Großschweiz. Seit Jahren schon kocht in und rund um dieses Land immer wieder die Idee hoch, Nachbarregionen in den Bund der Kantone aufzunehmen. Sogar eine (gescheiterte) Initiative der Partei SVP gab es dazu. Südtirol, die Lombardei, das südöstliche Frankreich, Baden-Württemberg, Bayern: Würden

die nicht wunderbar zur Schweiz passen? Und sie wollen sogar! Es gibt italienische Bürgerinitiativen und süddeutsche Umfragen, französische Kampagnen und immer eine Zeitung, die irgendwie augenzwinkernd darüber berichtet. Ein medialer Spaß, garantiert ohne Folgen. Die Großschweiz bleibt ein Hirngespinst. Aber dass dieses Hirngespinst auf viele so anziehend wirkt, und dass die Argumente immer wiederkehren, zeigt dann doch etwas über die zahlreichen Anhänger der Idee: Sie betrachten Grenzen und nationale Zugehörigkeiten als eine Sache von Angebot und Nachfrage. Denn es geht dabei nicht um Identitäten. Sondern um Kalkül und eigene Vorteile. Dass sich das Hirngespinst vom großschweizer Bündnis so zäh hält, dass es so viele – wenn auch meist augenzwinkernde – Anhänger hat, deutet am Ende doch auf etwas Ernstes: die Sehnsucht der Starken, weniger Solidarität üben zu müssen mit den Schwachen in ihrem Staat. Sie träumen von der Entsolidarisierung.
Quelle: Zeit Online

11. **Die Presse echauffiert sich**
Im Zusammenhang mit den Krisen in der Ukraine und in Gaza wird deutschen Medien vorgeworfen, sie seien “gleichgeschaltet”. Das ist nicht neu. Neu ist die konzertierte Abwehr der Medien – eine wahre Ignoranzallianz. […]
Die Wut ist leicht zu erklären: Leser und Zuschauer haben gründlich satt, was dessen Hersteller so gerne als Qualitätsjournalismus bezeichnen. Viele Artikel werden einfach von Agenturen übernommen und nur geringfügig verändert, ergo sind in n Medien die gleichen Inhalte zu lesen. Für die Präsentation öffentlich-rechtlich gefälschter Rankingergebnisse ist eine Zwangsabgabe fällig. Ein kabarettistischer Beitrag wie der der Anstalt über die transatlantischen Verquickungen namhafter Journalisten führt höchstens noch zu müdem Schulterzucken – so etwas haben wir doch längst geahnt. Und im Medienmedium Altpapier können wir lesen:
Quelle: Carta
12. **Zapp hat mal nachgerechnet: Bild führt die Riege der gerügten Zeitungen an**
Auf seiner Internetseite veröffentlicht der Deutsche Presserat bereits seit geraumer Zeit Statistiken aller öffentlich ausgesprochenen Rügen seit 1986. Das Medienmagazin „Zapp“ hat sich die Zahlen näher angeschaut und visualisiert. Das Ergebnis: Die Bild-Zeitung ist der unangefochtene Spitzenreiter unter den gerügten Medien…
Mitsamt der Regionalausgaben, dem Online-Auftritt sowie der Bild am Sonntag wurde die Bild-Zeitung seit 1986 157 mal wegen Verstößen gegen den

Pressekodex gerügt. Insgesamt sprach der Deutsche Presserat in diesem Zeitraum 618 Rügen aus – die Bild war also in einem Viertel der Fälle Beschwerdegegner.
Quelle: MEEDIA